

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 1. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 14. und 15.12.2019 in Erfurt**

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
bei keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen)

DIE LINKE. Thüringen - gemeinsam vor neuen Herausforderungen

Die Landtagswahlen am 27. Oktober mit 31 Prozent der Zweitstimmen für Bodo Ramelow und DIE LINKE sind der bisher größte politische Erfolg unseres Landesverbandes. Erstmals in der Geschichte unserer Partei sind wir stärkste politische Kraft in einem Bundesland geworden. DIE LINKE. Thüringen ist stärkste Kraft und verweist die AfD und CDU mit klarem Abstand auf Rang zwei und drei.

Mit diesem Ergebnis verbindet sich die große Verantwortung und Verpflichtung, Thüringen weiterhin gemeinsam mit unseren politischen und gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern zu gestalten. Bodo Ramelow und uns wurde von den Wählerinnen und Wählern der Auftrag zur Regierungsbildung und damit dieser Gestaltungsauftrag erteilt.

Für uns gilt dabei, was wir mit unserem Landtagswahlprogramm als Kompass unserer Politik formuliert haben:

„Die Würde des einzelnen Menschen ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem die Menschen sich sicher fühlen. Alle in Thüringen lebenden Menschen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben – Arbeit, Kultur, Mobilität, Bildung – teilhaben können, unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft, geschlechtlicher Identität und Orientierung sowie körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.“

Das Ergebnis der Wahlen zum Thüringer Landtag am 27. Oktober stellt uns diesbezüglich vor neue Herausforderungen. Bisherige Koalitionsmodelle werden aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Landtag nicht mehr wie gewohnt funktionieren. Neues Denken wird erforderlich sein, damit Thüringen weiterhin auf demokratischer Grundlage gestaltet werden kann.

Wir als Partei, wir als LINKE in Thüringen sind hierzu bereit. Wir sprechen mit allen demokratischen Kräften und Parteien in unserem Bundesland. Wir stellen uns den Herausforderungen unsicherer Mehrheitsverhältnisse und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Jede Regierungskonstellation jenseits der LINKEN wird auf einem Pakt mit Demokratiefeindinnen und –feinden beruhen müssen. Alle, die sich in Verantwortung für eine humane und freiheitliche Gesellschaft sehen, müssen dies ablehnen. DIE LINKE und die rot-rot-grüne Koalition sind Garantinnen demokratischer Grundsätze in den kommenden Jahren.

Das Wahljahr 2019 im Rückblick

Mit 31% und 343.780 Zweitstimmen hat DIE LINKE zur Abschluss des Wahljahres 2019 einen einzigartigen Erfolg erzielt. Basis für diesen Erfolg bildete, dass in Thüringen die Zufriedenheit mit der Landesregierung und die Zustimmung zum Ministerpräsidenten Bodo Ramelow konstant überdurchschnittlich und über alle Parteilager hinweg hoch war. Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung hat gezeigt, diese Wahlen haben die Menschen mobilisiert und die Wähler*innen hatten das Gefühl, eine auch politische Entscheidung mit konkreten Folgen für Thüringen treffen zu können. DIE LINKE konnte vor allem in den letzten Wochen und Tagen mobilisieren, die CDU überholen und den Abstand zu den politischen Mitkonkurrentinnen und Mitkonkurrenten vergrößern.

Nach den auch für DIE LINKE in Thüringen enttäuschenden Ergebnissen zur Europa- und Kommunalwahl im Mai 2019 war dies keinesfalls zu erwarten. Dass dies dennoch gelang, zeigt, dass wir es in den vergangenen Jahren geschafft haben, mit einer positiv wahrgenommenen Landespolitik unser Wähler*innenpotential in Thüringen für eine von bundespolitischen Einflüssen abgekoppelten Wahl des Landtages zu erweitern und zu einem sehr großen Teil auch im Wahlkampf zu mobilisieren. Ein entscheidendes Wahlmotiv lag in der Person von Bodo Ramelow. Anders als extern unterstellt, fand aber keine Trennung von Bodo Ramelow einerseits und der Partei andererseits statt. Mit dem klaren Bekenntnis von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen für die Fortsetzung der r2g-Koalition mit einem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow wäre auch eine Stimme für eine der beiden Parteien eine Stimme für Bodo Ramelow gewesen. Dennoch entschieden sich sehr viele Menschen für die Partei DIE LINKE, während SPD und Grüne nicht hinzugewinnen konnten, sondern relativ bzw. im Fall der SPD auch absolut an Stimmen verloren.

Eine Besonderheit stellt der deutliche Unterschied zwischen den Erst- und Zweitstimmen für DIE LINKE bei dieser Wahl dar. Während bei den Zweitstimmen DIE LINKE fast 80 000 Menschen neu gewinnen konnte, waren es bei den Erststimmen nur etwa 10 000 Stimmen mehr und aufgrund gesteigener Wahlbeteiligung prozentual sogar 4 Prozent weniger (2014: 29,4%; 2019: 25,8%). Hauptgrund dafür ist, dass die DIE LINKE von der durch Wähler_innen wahrgenommenen Wahlalternative für das Amt des Ministerpräsidenten zwischen Bodo Ramelow und Mike Mohring profitieren konnte. Dagegen spielte bei den Wahlkreisabgeordneten eine „traditionelle“ Wähler*innen-Bindung scheinbar eine größere Rolle. Der CDU ist es nicht gelungen, die eigene Anhängerschaft für die Landesstimme zu mobilisieren. Hinzu kommt, dass das deutliche Werben für r2g im Wahlkampf auch dazu geführt hat, dass ein relevanter Teil neu hinzugewonnener Wähler für DIE LINKE mit ihrer Erststimme eine weitere Partei der Koalitionsregierung stützen wollte.

Die durch den Landesverband verfolgte Wahlstrategie der LINKEN in Thüringen war erfolgreich. Es ist gelungen, in den letzten Monaten das Potential der LINKEN zu erweitern und mit der Wahlkampagne sowie der damit verfolgten Personalisierung und Konzentration auf die für die Mehrheitsverhältnisse relevante Zweitstimme unser Ergebnis der vorhergegangenen Wahl wiederum zu steigern. Dies ist das Verdienst aller

Wahlkämpfer*innen, Mitglieder*innen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, aber auch derer, die in den letzten Jahren die Politik der LINKEN in Regierung, Landtag und in den vielen kommunalen Vertretungen öffentlich vertreten und in konkrete Entscheidungen umgesetzt haben. Das Ergebnis ist aber auch einer geschlossenen Außenwirkung der Thüringer LINKEN, ihrer Landtagsfraktion und ihrer Regierungsmitglieder zu verdanken.

Die Gegenwart gestalten. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

DIE LINKE. Thüringen wird an die Eckpunkte ihres Landtagswahlprogramms anknüpfen: Wir werden unsere Politik für soziale Gerechtigkeit, für demokratische Politik und Nachhaltigkeit weiter fortsetzen, um den Erwartungen vieler Menschen in Thüringen gerecht zu werden. Gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern werden wir Thüringen gestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Deshalb werden wir die folgenden Schwerpunkte in aktuelle und künftige Koalitionsgespräche und den mit den demokratischen Partner*innen zu vereinbarenden Zukunftsvertrag für Thüringen einbringen.

Wir werden die **demokratische Kultur stärken**, dazu müssen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie wagen. Das Vertrauen in Politik und Demokratie stärken wir nur, wenn wir selbst Vertrauen in die Demokratie aufbringen. DIE LINKE. Thüringen will in diesem Sinne auch auf Landesebene Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen und mitentscheiden lassen. Wir werden bei den anderen demokratischen Partnern darum werben, die **direkt-demokratischen Entscheidungen auszuweiten**. Wir werden die Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden und Volksbegehren auf Landesebene, Volksentscheide über Gesetze, die der Landtag beschlossen hat und andere direkt-demokratische Elemente auf die Tagesordnung setzen.

Wir werden weiterhin gegen die Benachteiligung der Ostdeutschen und damit auch der Thüringerinnen und Thüringer bei der Rente, beim Lohn und bei Führungspositionen kämpfen und uns für wirksame Schritte zur **Angleichung von Renten und Löhnen an das Niveau in Westdeutschland** und für mehr Ostdeutsche in Führungspositionen einsetzen.

Wir werden uns für ein gutes und wohnortnahes **Gesundheits- und Pflegeangebot** einsetzen.

Der wachsende Anteil älterer Menschen sowie der Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen erfordern strukturelle Veränderungen in der Gesundheitsversorgung. Die Altersmedizin muss zu einem flächendeckenden und wohnortnahen Angebot erweitert werden. Wesentliches Element dabei ist die Verflechtung von stationären und ambulanten Einrichtungen. Sinkende Patientenzahlen – insbesondere in kleineren Krankenhäusern auf dem Land – erfordern den Übergang zu einer gemeinsam abgestimmten fachlichen Arbeitsteilung zwischen benachbarten Krankenhäusern, um die Behandlungsqualität hoch zu halten und ausreichend medizinisches und Pflegepersonal vorhalten zu können. Gute Pflege bei Krankheit und im Alter bedarf an erster Stelle einer guten Personalausstattung. Diese sicherzustellen ist vorrangiges Ziel unserer Pflegepolitik.

Wir kämpfen für **gute Bildung** für alle Kinder in Thüringen. Jede Schule muss auch unter sich verändernden Bedingungen eine Zukunft haben. Wir werden weiter alles dafür tun, Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, deren Ausbildung auszubauen und in Schulen zu investieren, um dies zu sichern. Zugleich wollen wir den Kindergarten beitragsfrei machen und die Qualität der Betreuung unserer Jüngsten weiter verbessern.

Wir werden uns für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die Unternehmen und Beschäftigte darin unterstützt, die **Transformation von Industriestrukturen** in Folge von Digitalisierung und Klimawandel gerade im Automobilsektor zu bewältigen. Dazu gehören auch Angebote zur sozialen Gestaltung der Digitalisierung.

Wir werden die Bereitstellung digitaler Infrastrukturen beschleunigen und die **Digitalisierung** in Thüringen in Unternehmen wie Gesellschaft weiter vorantreiben. Gerade im ländlichen Raum können digitale Formen angesichts des demographischen Wandels Chancen bieten, Infrastruktur oder Bildungsangebote abzusichern.

Wir werden sicherstellen, dass unsere Unternehmen auch morgen noch die **Fachkräfte** finden, die sie benötigen. Dazu gehört: Gute Arbeit muss sich in Thüringen flächendeckend durchsetzen. Diese Herausforderung gilt gerade auch für den Öffentlichen Dienst. Auch hier benötigen wir dringend Fachkräfte, um frei werdende Stellen wiederzubesetzen und soziale und öffentliche Dienstleistungen für die Thüringerinnen und Thüringer bereitzustellen. Hierzu gehört auch, an diejenigen zu denken, die am Arbeitsmarkt derzeit nicht profitieren können und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigung zu erhalten.

Wir wollen eine wohnortnahe, bürgerfreundliche und moderne **Verwaltung** in ganz Thüringen und **starke Kommunen**, die sich selbstbestimmt entwickeln und dazu auch zusammenschließen können.

Die **Aufnahme geflüchteter Menschen** stellt Anforderungen an unser Zusammenleben. Und birgt, durch kulturelle und individuelle Vielfalt, große Chancen auf ein vielschichtiges und noch kreativeres Thüringen. Wir haben in Thüringen gezeigt: Ein friedlicher und toleranter Umgang miteinander, **eine wirkliche Willkommenskultur sowie Integrationsangebote für Geflüchtete von Beginn ihres Aufenthaltes an** sind dazu der Schlüssel. **Wir wollen unsere menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik fortsetzen.**

Wir werden in Stadt wie Land Infrastruktur schaffen, die den spezifischen Bedürfnissen aller in Thüringen lebender Menschengerecht wird. Wir wollen die **Mobilität** erhöhen, indem wir den Öffentlichen Personennahverkehr zu einem Thüringer Verkehrsverbund ausbauen, der ergänzt durch Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse - öffentliche Mobilität von „Tür-zu-Tür“ schafft. **Bezahlbaren Wohnraum** werden wir sowohl in Stadt als auch Land mit öffentlicher Förderung und durch regulative Eingriffe entsprechend den Bedarfen der wachsenden Städte und des demographischen Wandels sichern. Hierbei gilt es vor allem wieder stärker die Eigentumsfrage zu stellen.

Wir wollen die **natürlichen Lebensgrundlagen** schützen und zum Klimaschutz beitragen. Hierzu gehört auch die Rettung des Waldes. Die Jugend in vielen Ländern hat verstanden, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. DIE LINKE. Thüringen wird auch weiterhin „Fridays for Future“ ebenso unterstützen, wie wir an der Seite aller stehen, die sich außerparlamentarisch für soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen engagieren.

Zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gehört auch der **Schutz der heimischen Landwirtschaft** vor Landgrabbing und anderen Formen des Zugriffs auf Boden in Thüringen. Die Landwirtschaft leistet einen entscheidenden Beitrag zum Schutz unserer Kulturlandschaft und gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Strukturen im ländlichen Raum. Wir wollen die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft stärken und den bürokratischen Aufwand reduzieren, etwa durch Unterstützung der Direktvermarktung, um die Landwirtinnen und Landwirte besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Ihre Rolle und den Beitrag des Landes zur Stärkung der Landwirtschaft angesichts der Herausforderungen werden wir in einem Dialogprozess „Zukunft Landwirtschaft“ mit allen, die es betrifft, diskutieren.

Viele dieser Vorhaben zeigen, dass wir in Thüringen vor einer **Investitionsoffensive** stehen. DIE LINKE. Thüringen wird diese auf den Weg bringen. Wir wollen eine gesellschaftliche Übereinkunft für eine „Moderne Infrastruktur Thüringen“, die Zukunftsherausforderungen wie Klimawandel, demographischen Wandel und Digitalisierung aufnimmt, den ländlichen Raum und die Städte gleichermaßen darauf vorbereitet und so gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftet.

Dem massiven Rechtsruck entgegenstellen

Die Verdoppelung des Stimmenanteils einer Partei, deren Spitzenkandidat Höcke ein Faschist ist **und die immer offener geäußerte Zustimmung zu rassistischen und menschenverachtenden Positionen stellen** stellt eine Gefährdung unserer Demokratie und der Rechte von Minderheiten dar. Wenn die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der demokratischen Parteien bedroht und Wahlkampfhelferinnen und -helfer verbal und tätlich attackiert werden, sind sowohl die gesellschaftlichen Kräfte als auch die zuständigen staatlichen Institutionen herausgefordert, die Demokratie, **die Achtung der Menschenwürde und grundlegende Menschenrechte** zu verteidigen. Das Attentat in Halle am 9. Oktober 2019 hat die mörderischen Konsequenzen der anhaltenden antisemitischen, extrem rechten und rassistischen Agitation und Propaganda der AfD und noch weiter rechts stehender Strukturen, Bewegungen und Organisationen im Land deutlich gemacht. **Hass, Angst und Hetze haben in uns ihre*n entschiedene*n Gegner*innen.** Unsere Demokratie, die Würde und körperliche Unversehrtheit jeder und jedes Einzelnen sind in Gefahr. Die rechtsterroristische Bedrohung, politisch flankiert durch den parlamentarischen Arm AfD, kann nicht mehr geleugnet werden.

Die Stimmenanteile der AfD bei den ostdeutschen Landtagswahlen quer durch alle Bevölkerungsgruppen stellen alle demokratischen Kräfte vor eine neue Herausforderung. Allein mit kurzfristigen Maßnahmen werden wir **rassistische Ressentiments** und den gesellschaftlich tief verankerten Rechtsextremismus nicht zurückdrängen können. Hierfür brauchen wir neue Antworten, um sowohl die sozialen als auch die geistigen Ursachen des gegenwärtigen massiven Rechtsrucks in unserer Gesellschaft nicht nur zu erkennen, sondern sie auch zu beseitigen. Unsere Politik soll langfristig gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften und in der Gesellschaft Werte wie Vielfalt und Solidarität erneut verankern. Ein Baustein dafür ist, die in der Enquetekommission Rassismus des Thüringer Landtags gewonnenen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen umzusetzen.

Kurzfristig wird entscheidend sein, dass die demokratischen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Debatten, online wie offline, wieder die Oberhand gewinnen. Damit ethische Barrieren als Schutz vor Hass und Hetze wieder entstehen und die Parallelwelten, in denen sich Anhängerinnen und Anhänger **rassistischen und** extrem rechten Gedankenguts tummeln, wieder schrumpfen. Hierfür braucht es ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Strategien, die den neuen Kommunikationsformen und -möglichkeiten gerecht werden. Für die LINKE Thüringen steht fest: Die Meinungsfreiheit ist kein Freiraum für rassistischen, antisemitischen oder extrem rechten Ungeist. Meinungsfreiheit ist das individuelle Menschenrecht einer und eines jeden auf freie Rede und deren Verbreitung, das dort seine Grenze findet, **wo andere Menschen durch Abwertung, Diskriminierung, Beleidigung oder Verleumdung in ihrer Würde eingeschränkt werden**. Sich dagegen zu wenden ist nicht nur Teil der Meinungsfreiheit, sondern zugleich ihre Verteidigung. Dies gilt natürlich für außerparlamentarischen Protest und muss gleichzeitig Maßgabe des Rechtsstaats sein. Angriffe auf unsere demokratische Kultur dürfen wir nicht dulden. Justiz und Polizei müssen in die Lage versetzt werden, Hass und Hetze on- wie offline zu ahnden und Menschen zu schützen, die beleidigt und bedroht werden. Rechtsterroristische Strukturen und ihre Keimzellen wie Bürgerwehren und Gruppen, in denen Gewaltfantasien blühen, sind derzeit die größte Gefahr für das demokratische Zusammenleben. Diese Keimzellen müssen stärker polizeilich unter Druck gesetzt werden.

Politische Bildung und wissenschaftliche Forschung sind weitere zentrale Bestandteile der Förderung demokratischer Kultur. Sie dürfen jedoch nicht allein stehen. Der Rechtsstaat muss die Träger Politischer Bildung, die Wissenschaft und zivilgesellschaftlich Aktive schützen, damit deren Arbeit demokratische Werte vermitteln kann und über antidemokratische Bestrebungen aufklärt.

DIE LINKE in Thüringen als Partei von unten neu denken und gestalten

Die Landtagswahl am 27. Oktober 2019 war für unseren Landesverband wie für DIE LINKE in der Bundesrepublik insgesamt ein wichtiger Erfolg. Unser aktiver Wahlkampf hat diesen Erfolg möglich gemacht. In ganz Thüringen haben Genossinnen und Genossen hart dafür gearbeitet. Hunderte aus dem ganzen Bundesgebiet haben uns dabei unterstützt. Ein herzliches Dankeschön an alle, die uns geholfen haben. Ein ganz besonderer Dank geht natürlich aber an Bodo Ramelow ohne dessen Persönlichkeit ein solcher Wahlerfolg nicht möglich gewesen wäre.

Unsere politisch-strategischen wie organisatorischen Probleme und Defizite, die auch in Thüringen bei den Europa- und Kommunalwahlen im Mai diesen Jahren offenkundig geworden sind, bestehen jedoch weiterhin. Unser gemeinsamer Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen. Wenn wir in Thüringen der Verantwortung gerecht werden wollen, die uns die Wählerinnen und Wähler übertragen haben, dann sind wir herausgefordert, **DIE LINKE neu zu denken und neu zu gestalten**. Die praktisch zu beantwortende Frage ist, wie muss und kann eine politisch erfolgreiche linke, sozialistische Partei in den 2020er Jahren und darüber hinaus aussehen. Erste Antworten müssen wir bereits in den kommenden Monaten geben, denn die nächste Bundestagswahl wird uns politisch und organisatorisch alles abverlangen. Diese Antworten müssen sowohl die organisatorische wie programmatische Entwicklung der LINKEN in Thüringen erfassen.

Um organisatorische Fragen gemeinsam zu klären, müssen der neu zu wählende Landesvorstand und unsere Kreis- und Stadtverbände sowie unsere Mandatsträger*innen unter Einbeziehung breiter Teile der Mitgliedschaft im 1. Halbjahr einen gemeinsamen Diskussionsprozess führen. U.a. zu diskutieren wäre:

- Wie sichern wir eine flächendeckende Präsenz der LINKEN im Land Thüringen, gerade dort, wo wir z.Z. über kaum aktionsfähige Parteistrukturen verfügen? Büros werden das Problem nicht lösen. Vielmehr müssen wir online und offline auch neue Formen von Ansprechmöglichkeiten schaffen, damit wir als **Kümmerer-Partei in Verantwortung** wieder erkennbarer werden und die Anliegen, Fragen Probleme der in Thüringen lebenden Menschen verstärkt aufnehmen und in unserer politischen Arbeit berücksichtigen können.
- Mit Blick auf die nächste Bundestagswahl werden wir unsere Fähigkeiten zum aktiven Wahlkampf in den einzelnen Bundestagswahlkreisen überprüfen und Maßnahmen diskutieren müssen, wie wir sie sicherstellen können.
- Wie können wir DIE LINKE wieder stärker in die Gesellschaft öffnen, damit Menschen aktiv bei uns mitarbeiten und der Partei beitreten? U.a. wären Eckpunkte einer Kampagne zu Gewinnung & Bindung neuer Mitglieder beginnend ab 2. Halbjahr 2020 bis zur Bundestagswahl zu entwickeln.
- Was brauchen unsere Kreisvorstände und Kreisverbände, um politisch handlungsfähig zu bleiben bzw. ihre politische Handlungsfähigkeit zu verstärken? Grundlage dafür sollte die Evaluation der bisherigen Beschlüsse zur Personalstruktur des

Landesverbandes im Anschluss an die Arbeit der AG Strukturen des Landesverbandes sein.

- Wie weit sind wir mit Effektivierung unserer Mitgliederverwaltung gekommen? Wie sichern wir in jedem Kreisverband bzw. in jeder Region eine aktive Mitgliederbetreuung, insbesondere Neumitgliederbetreuung und die politische Bildung?
- Wie können wir das Rückgrat unserer Partei, die kommunale Ebene, wieder deutlich stärken, damit auch zukünftig linke Politik konkret in den Städten und Gemeinde stattfindet? Welche langfristigen inhaltlichen und auch personellen Konzepte brauchen wir hierfür?
- Wie verändern wir unsere Partei, damit sich Mitglieder auf andere Arten einbringen können und Die LINKE jenseits von Wahlkampagnen und Mandaten im Alltag erkennbar ist?

Mit unserem Landtagswahlprogramm haben wir erste Antworten für die zukünftige Gestaltung eines demokratischen, sozial-gerechten, klimagerechten und nachhaltigen Thüringen gegeben. Neben der organisatorischen Entwicklung unserer Partei müssen wir den mit der Erarbeitung dieses Programms verbundenen Dialog sowohl in der Partei als auch mit verschiedenen gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern fortsetzen. Der Landesvorstand wird daher beauftragt, konkrete Überlegungen zur Erarbeitung eines linken Zukunftsprogramms (Thüringen 2040) für unser Land zu entwickeln, mit dem wir Zukunftsfragen - vor denen wir stehen - in einem offenen Diskussionsprozess weiterbearbeiten. Angesichts der Strategiedebatte auf Bundesebene und deren Höhepunkt im Juni 2020 verstehen wir diesen Diskussionsprozess zugleich als einen Beitrag und Fortsetzung der Debatte unserer Bundespartei und deren Konkretisierung in praktische Politik auf Landesebene.